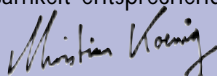


EDITORIAL
EDITORIAL

„Gut gemeint“

Die konstitutionelle Absicherung von Rechtspositionen in Form von Grundrechten gilt als Merkmal der Entwicklung europäischer Staatlichkeit im Gefolge der Französischen Revolution. Ein gepflegter Grundrechtskatalog gehört aus europäischer Sicht in jede moderne Verfassungsurkunde, und Staaten streben eine möglichst umfassende Garantie von Rechten an, in der Hoffnung, daß ein generöser Schutzzumfang dem Charakter des gesamten Gemeinwesens zugeschrieben wird. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Diskussionen um einen Grundrechtskatalog für die Europäische Union nicht enden wollen, vielmehr eine Kommission mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Grundrechtscharta beauftragt wurde. Im Kontext einer europäischen Vertragsverfassung zwischen den Mitgliedstaaten der Union, die sich in bildhafter Anlehnung an die Idee des Gesellschaftsvertrags derzeit auf politischer Ebene entwickelt, würde eine solche gemeinschaftliche Grundrechtscharta allerdings einen Bedeutungswandel erfahren: In ihrem Ursprung vertraglich festgeschrieben, stünden diese Grundrechte zur Disposition der Mitgliedstaaten. Im Unterschied zu den Grundrechtsgewährleistungen der europäischen Verfassungen wären sie auch nicht das Ergebnis eines historischen Prozesses, durch den die Eindämmung staatlicher Gewalt rechtlich perpetuiert wurde, sondern eine eher künstlich wirkende Annäherung an idealisierte staatstheoretische Erwägungen. Die Mitgliedstaaten wären besser beraten, die Entwicklung gemeinschaftsweiter Grundrechte durch Rechtsprechung und Lehre behutsam nachzuvollziehen und dem Grad deren tatsächlicher Wirksamkeit entsprechend anzupassen.



(s. auch S. 8) Prof. Dr. Christian Koenig

Die Arbeitsmärkte im Baltikum

von Ken Smith

Die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen) errangen ihre volle politische Unabhängigkeit im August 1991. Die Monate im Vorfeld der Unabhängigkeit waren durch wachsende politische und wirtschaftliche Unordnung in der damaligen Sowjetunion gekennzeichnet. Aufgrund dieser Entwicklung sahen sich die Staaten des Baltikums mit einer Situation fallender Sozialprodukte, steigender Inflation sowie wachsender Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit konfrontiert.

Nach offizieller Lesart herrschte in der Sowjetunion Vollbeschäftigung und jeder körperlich befähigte Bürger war verfassungsmäßig zur Arbeit verpflichtet. Die Partizipationsraten in der Sowjetunion waren daher mit 85 - 90% (sowohl für Männer als auch für Frauen) sehr hoch. Die Arbeitslosenquote lag entsprechend niedrig - in der Nähe von Null; allerdings bei signifikanter versteckter Arbeitslosigkeit und Unterauslastung, insbesondere in den späten Jahren der Sowjetunion. Der Zusammenbruch der UdSSR führte daher zu schnell ansteigenden Arbeitslosenzahlen, insbesondere in den antiquierteren Bereichen des Agrarsektors und des verarbeitenden Gewerbes, wobei die baltischen Staaten keine Ausnahme bildeten.

ANHALTENDE ARBEITSLOSIGKEIT

In den ersten zwei bis drei Jahren der Unabhängigkeit hatten die baltischen Arbeitslosenquoten bereits Werte zwischen etwa zehn Prozent in Estland und 17 Prozent in Lettland (nach inoffiziellen Statistiken basierend auf Umfrageergebnissen) erreicht. Diese Arbeitslosigkeit erwies sich als äußerst persistent und hat sich daher auch in den Folgejahren nur wenig verändert. Die Gründe für diese Persistenz sind dabei den Ursachen für die anhaltende Arbeitslosigkeit in den EU Ländern nicht unähnlich. Während die Arbeitslosigkeit im Baltikum mit der Desintegration der UdSSR und dem Wegfall des wichtigsten Absatzmarkets für

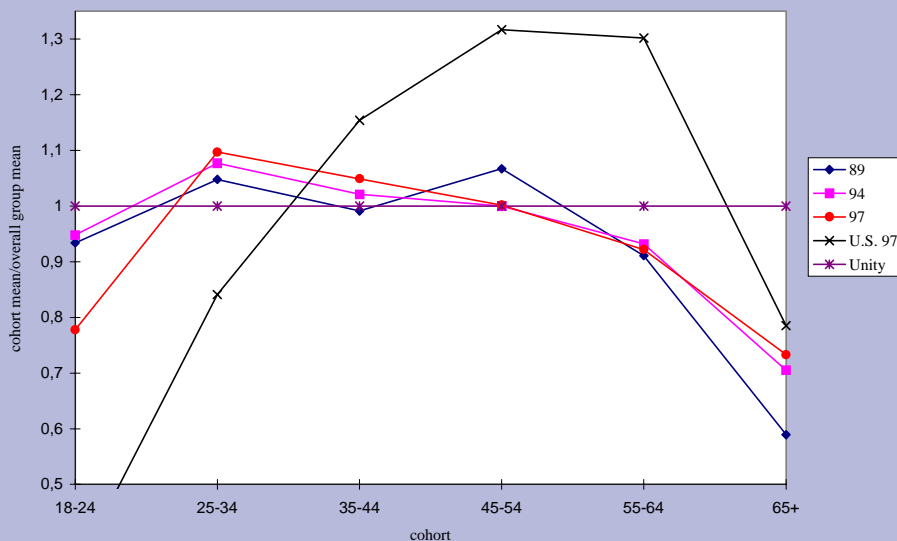
baltische Produkte ausgelöst wurde, wird die Persistenz der Arbeitslosenquote in der Regel strukturellen Faktoren zugeschrieben. Mangelnde Anpassungsfähigkeit an veränderte Rahmenbedingungen und eine nur geringe geographische Mobilität gelten hierbei als Hauptursachen. Insbesondere die Bewohner eher ländlicher, strukturschwacher Regionen erwiesen sich als unwillig, ihre angestammte Region zu verlassen und dem Bedarf nach Arbeitskräften in die städtischen Regionen zu folgen. Darüber hinaus sind die Arbeitslosenzahlen durch die spezifische Situation der russischen Minderheiten verzerrt. In Estland beispielsweise, war die Arbeitslosenquote unter ethnischen Russen im Jahre 1997 etwa doppelt so hoch wie die Quote für Bürger estnischer Abstammung.

LOHNUNTERSCHIEDE

Wie in den meisten Planwirtschaften, waren die Lohndifferenziale in der Sowjetunion äußerst gering. In vielen Fällen waren Arbeiter sogar besser bezahlt als hochqualifizierte Spezialisten in den verschiedensten Berufen. Darüber hinaus gab es eine deutliche Senioritätskomponente, so daß ältere Arbeiter regelmäßig besser gestellt wurden als ihre jüngeren Kollegen. Eine weitere Quelle unterschiedlicher Löhne war das Geschlecht. Denn trotz anderlautender sowjetischer Propaganda waren die geschlechterbedingten Entlohnungsunterschiede in der UdSSR mit denen der westlichen Marktwirtschaften vergleichbar. Dieses letzte Merkmal hat sich daher in den baltischen Arbeitsmärkten auch nach dem Übergang zur Marktwirtschaft nicht verändert.

Der im Vergleich zur Sowjetunion relativ rasche Übergang zur Marktwirtschaft hat allerdings die anderen Kennzeichen der baltischen Arbeitsmärkte deutlich beeinflußt. Die deutlichste Veränderung ergab sich hierbei bei den qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitnehmern. Insbesondere die Löhne von Arbeitnehmern mit höherer Bil-

Abb. 1: Einkommenssituation in Abhängigkeit vom Alter in Estland und den USA (männliche Arbeitnehmer)



derung haben sich relativ zur Entlohnung der weniger qualifizierten Arbeiter deutlich erhöht. Diese steigenden Bildungserträge sind konsistent mit der Entwicklung anderer Übergangsvolkswirtschaften. Im Gegensatz sind die Löhne erfahrener, langgedienter Arbeitnehmer deutlich gefallen, wobei insbesondere ältere Arbeitnehmer im priva-

ten Sektor Einbußen zu verkraften hatten. Betrachtet man zum Beispiel Fünf-Jahres-Kohorten von Arbeitnehmern im estnischen Privatsektor, so war die Altersgruppe der 25-29 Jährigen im Jahre 1997 die am besten entlohnte (siehe Graphik). In entwickelten Marktwirtschaften ist normalerweise die Altersgruppe der 40-50 Jährigen an der Spit-

„ In Europa und mit Europa, aber nicht gegen Russland“

Am 31. Oktober 1999 wird in der Ukraine ein neuer Präsident gewählt. Trotz verschiedener „Schicksalswahlen“ und „Richtungsentscheidungen“ ist die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in der Ukraine acht Jahre nach der Unabhängigkeit noch äußerst instabil.

von Peter Wittschorek

Die Bemühungen zur Überwindung der Folgen der russischen und sowjetischen Herrschaft und des zentralistischen Ordnungs- und Planungssystems in der Ukraine sind in vielen Bereichen inzwischen unübersehbar. Dennoch bestimmen noch immer die aus anderen post-kommunistischen Transformationsstaaten bekannten Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Durchsetzung

der notwendigen Reformen den Aufbau des größten europäischen Flächenstaates.

Mit dem immer wieder angeführten Stereotyp des Konflikts zwischen der westlichen und der östlichen Ausrichtung der Ukraine läßt sich diese Situation nur unzureichend erklären. Zwar sind die Frage der Neuorientierung der Ukraine zwischen den beiden Polen Europa und Rußland/GUS sowie die historisch und demographisch bedingten unterschiedlichen Präferenzen in den verschiedenen Landesteilen durchaus wichtige Momente. Ihre Bedeutung darf jedoch nicht überbewertet werden, da angesichts der geopolitischen Lage und verschiedener wichtiger Entscheidungen in den letzten Jahren kein Zweifel an der grundsätzlichen Ausrichtung mehr besteht. *Anatolij Ponomarenko*, Botschafter der Ukraine in Deutschland, nannte es in einem Vortrag am ZEI als „das wichtigste Ziel der Ukraine ..., in Europa und mit Europa zu sein, aber nicht gegen Rußland“ (veröffentlicht als ZEI Dis-

ze der Einkommensskala zu finden. Neben der oben genannten Entwicklung zu Ungunsten älterer Arbeitnehmer, hat sich außerdem die relative Lohnsituation ethnischer Minderheiten, insbesondere der Russen, im baltischen Transformationsprozeß deutlich verschlechtert.

FORSCHUNG AM ZEI

Die Entwicklung der baltischen Arbeitsmärkte bildet einen der Arbeitsschwerpunkte am ZEI. Grundlage für die empirische Forschung auf diesem Gebiet bildet eine Datenbank mit estnischen und lettischen Arbeitsmarktdaten, die in Kürze um litauische Daten ergänzt werden soll. Im Rahmen der bisherigen Forschungstätigkeit am ZEI wurden enge Verbindungen zu den verschiedenen baltischen Universitäten der sogenannten Eurofaculty hergestellt. (EuroFaculty wurde vom Rat der Ostseestaaten mit dem Ziel gegründet, die Universitätsausbildung in den baltischen Staaten im Bereich der Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaften und der Politikwissenschaft zu fördern). Für die Zukunft plant ZEI eine Reihe verschiedener Forschungsprojekte and Seminarveranstaltungen zum Schwerpunktthema „Baltische Arbeitsmärkte“.

Dr. Kenneth Smith ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

cussion-Paper Nr. C 39/1999). Die Westintegration ist eine unverzichtbare und unumkehrbare Konstante der Politik seines Landes, welche aber genauso auch um die Vermeidung von Einseitigkeit und Konfrontation und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West bestrebt sein muß.

Im Vorfeld des Wahlgangs Ende Oktober, bei dem sich der derzeitige Amtsinhaber *Leonid Kutschma* voraussichtlich ungefähr zehn Herausforderern stellen muß, und des mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Stechens Anfang November zwischen *Kutschma* und einem Kandidat aus dem kommunistisch-sozialistischen oder dem nationalistisch-zentristischen Lager, werden besonders der unzureichende Wille und das mangelhafte Vermögen der politischen und ökonomischen Eliten als Ursachen des instabilen Zustands kritisiert. Unabhängig von der Person des nächsten Präsidenten wird dessen Handlungsspielraum aufgrund des durch die Verfassung von 1996 nur oberflächlich behobenen Konflikts zwischen Legislative und Exekutive, der politischen Selbstblockade des bis zum Frühjahr 2002 gewählten Parlaments, der Etablierung dominierender Clanstrukturen in der Wirtschaft und der weitverbreiteten Korruption stark



Treffen im historischen Livadia-Palast in Jalta (von rechts nach links): Jackson Janes (American Institute for Contemporary German Studies), John C. Kornblum (Amerikanischer Botschafter in Deutschland), Jewgen Berscheda (Erster Stellvertretender Außenminister der Ukraine), Oleg Koschinsky (Atlantischer Rat der Ukraine), Ludger Kühnhardt (ZEI)

eingeeengt bleiben. Während *Kutschma* selbst schon seine von ihm durchgesetzten und inzwischen ausgelaufenen wirtschaftspolitischen Vollmachten nur unzureichend zu nutzen wußte, können seine auf beiden Seiten durch eine starke Zersplitterung bereits im Vorfeld geschwächten Gegenkandidaten trotz aller Rhetorik ebenfalls kaum mit effektiven und vor allem politisch durchsetzbaren Programmen aufwarten.

Entsprechend ist die

Perzeption der Ukraine in Euro-

pa und den USA zunehmend von pessimistischen Prognosen über einen absehbaren Zusammenbruch der Wirtschaft und mögliche politische und ethnische Unruhen geprägt. Zudem wurde das Verhältnis trotz wichtiger Fortschritte

wie der Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, der engen Zusammenarbeit in verschiedenen NATO-Strukturen und der Beratung seitens des Europarates in der jüngsten Zeit zunehmend getrübt. Neben den Spannungen während des Kosovo-Krieges und angesichts des widersprüchlichen Kurses der G-7 Staaten bei der Hilfeleistung für die ukrainische Energiewirtschaft weisen vor allem die ausbleibende Bereitschaft des Westens zur gleichberechtigten Kooperation in EU und NATO, die mit einer Ausschlussdrohung verbundene Kritik des Europarates an der Menschenrechtssituation und die rückläufigen Kredite und Investitionen sowie die jeweiligen Reaktionen aus

Kiew auf grundsätzlichere Differenzen und Schwierigkeiten hin.

KONFERENZ IN JALTA

Rund 70 ukrainische, amerikanische und europäische Experten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und von den Medien diskutierten auf einer vom *Atlantischen Rat der Ukraine*, dem *American Institute for Contemporary*

Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 3. Juni 1999, Seite 5

Ukrainisch-atlantische Vision und Frustration Eine Konferenz in Jalta im Schatten des Kosovo-Krieges

Acht Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion und der unerwarteten Ausföhrung der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine herrscht über deren Platz in Europa immer noch allseitige Unsicherheit. Verglichen mit der Situation während des kalten Krieges hat die Ukraine seit Anfang der neunziger Jahre aber dennoch beachtliche Wegstrecken innerer und äusserer Umorientierung zurückgelegt.

R. M. Wohin steuert die Ukraine, der nächstgrösste Staat in Europa? Über diese Frage und damit verbundene Komplexe diskutierten dieser Tage einschlägig interessierte Politologen, Praktiker und Presseleute an geopolitisch-trächtigem Ort: im ehemaligen Sommerpalast der Zarenfamilie von Livadia bei Jalta, wo im Februar 1945 die «grossen Drei» – Stalin, Roosevelt und Churchill – über die Nachkriegsordnung nach dem Sieg über Hitlerdeutschland eingeladen zu dem jetzigen Trefferten hatten politische «Denkfabriken» aus Kiew, Bonn und Washington.

reich. Ein Deutscher stellte die Frage, ob der Ukraine denn nicht gelinge, von der Rubelkrise des vergangenen Jahres zu profitieren und sie sich in grossen abwendenden Investitionen zu engagieren. Allenfalls b... sagen d... freunde

German Studies und

dem ZEI durchgeführten Konferenz in Jalta die Notwendigkeit und die Mög-

lichkeiten einer vertieften strategischen Kooperation. Dabei bestand Einigkeit über die Verantwortung der Ukraine für die Fortsetzung der Reformen und die Perspektiven der ukrainisch-atlantischen Partnerschaft. Die Institutionenentwicklung in der Ukraine und die Vertiefung der Kooperation wird auch über die Publikation der Ergebnisse dieser Konferenz in der Schriftenreihe des ZEI Ende 1999 hinaus ein wichtiger Schwerpunkt für die beteiligten Forschungsgruppen am ZEI bleiben.

Peter Wittschorek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Institutionen und Institutionenentwicklung in Europa“ am ZEI.

PUBLIKATIONEN

ZEI POLICY/ WORKING PAPER-REIHE:

B 99-10

Christian Weller: Financial Liberalization, Multinational Banks and Credit Supply: The Case of Poland

B 99-11

Financial Supervision and Policy Coordination in the EMU (Deutsch-Französisches Wirtschaftspolitisches Forum)

ZEI DISCUSSION PAPER-REIHE:

C 43 1999

Ljerka Mintas Hodak: Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of European Integration

C 44 1999

Wolfgang Schäuble: Unsere Verantwortung für Europa

C 45 1999

Eric Richard Staal: European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma

C 46 1999

Marek J. Siemek: Demokratie und Philosophie - Die Antike und das politische Ethos des europäischen Denkens

C 47 1999

Ioannis Kasoulides: Cyprus and its Accession to the European Union

C 48 1999

Wolfgang Clement: Perspektiven der nordrhein-westfälischen Europapolitik

C 49 1999

Volker Steinkamp: Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem Ersten Weltkrieg

Die Publikationen sind kostenlos erhältlich und können telefonisch über die Nummern 0228/73-9218 (Reihe B) bzw. 0228/73-1880 (Reihe C) angefordert werden.

Eine Liste aller bislang erschienenen ZEI-Publikationen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>.

Bücherspenden

Auch in der Ära des Internets gehören Bücher zu den wichtigsten Werkzeugen des Wissenschaftlers. Zwar ist das Wachstum der ZEI-Bibliothek auf gutem Wege, trotzdem hat das Zentrum in seiner kurzen Geschichte noch nicht die Bücherbestände akkumulieren können, die für ein großes Forschungsinstitut unentbehrlich sind.

Um so mehr freuen wir uns, wenn weitblickende Persönlichkeiten, die dem Zentrum mit seinen Zielen und Aufgaben verbunden sind, den Aufbau der Bibliothek fördern.

Die folgenden Personen und Institutionen haben ZEI mit einer Bücherspende unterstützt:

- Botschafter Joachim Bitterlich, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei der NATO, Brüssel
- Professor Dr. Dr. h.c. Karl-Dietrich Bracher, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin
- Europäisches Hochschulinstitut, San Domenico di Fiesole bei Florenz
- Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford (CA)
- Marlene Lenz, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel, Straßburg, Luxemburg
- Dr. Werner Ungerer, ehemaliger Präsident des Collège d'Europe, Brügge

Alle Schenkungen sind eine große Bereicherung der ZEI-Bibliothek. Die Mitarbeiter und Gäste des ZEI wissen dies zu schätzen und möchten sich auf diese Weise bei allen Sponsoren bedanken.

Internationale Makroökonomik

von Ingo Fender

Auch in diesem Jahr veranstaltete die Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ (Leitung: Prof. Dr. Jürgen von Hagen) vom 9. bis 20. August 1999 wieder eine *ZEI - Summer School on International Macroeconomics*. Diese Sommerschule verband zum nunmehr dritten Mal Vorlesungen von führenden Experten der internationalen Makroökonomik über aktuelle Forschungsthemen mit Seminarveranstaltungen, in denen die Teilnehmer ihre eigene Forschung zur Dis-

Internationale Wissenschaftler-Konferenz im Vorfeld des Stabilitätspaktes für Südosteuropa

von Marcus Wenig

Allen Staaten Südosteuropas muß die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft eröffnet werden. Dies gilt auch für Serbien, wobei die Bedingung dafür die volle Demokratisierung des Landes, das heißt, die zweifelsfreie Überwindung des Milosevic-Regimes, sein muß. Während für Albanien und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens – von denen Slowenien bereits formelle Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen hat – ein baldiger Assoziierungsstatus entwickelt werden muß, sollte die EU zu Beginn des Jahres 2000 mit den als Beitrittskandidaten bereits anerkannten Staaten Bulgarien und Rumänien offizielle Beitrittsverhandlungen beginnen.

Dies war der Tenor einer Konferenz, zu der das ZEI und sein in Sofia ansässiges Partnerinstitut, das „Center for Liberal Strategies“, Mitte Mai in der bulgarischen Hauptstadt führende Vertreter von Forschungsinstituten, Universitäten und Medien aus ganz Südosteuropa zusammenführte. Bulgariens Staatspräsident Petar Stoyanov wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß es angesichts des Kosovo-Konfliktes dringlich notwendig sei, Visionen für die gesamte Region zu entwickeln. Unter dem Titel „Facing the Future:

kussion stellen konnten. Die Sommerschule fand in Bad Honnef in den Räumlichkeiten der „Deutschen Physikalischen Gesellschaft/Physikzentrum Bad Honnef“ statt.

Hauptziel der *ZEI - Summer School* ist die Vermittlung neuester Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der internationalen Makroökonomik sowie die Förderung der Kommunikation durch den Aufbau von wissenschaftlichen Kontakten im In- und Ausland. Die Präsentation eigener Forschungsergebnisse durch die einzelnen Teilnehmer und die aktive Diskussion dieser Beiträge ist daher ein wesentlicher Teil der wissenschaftlichen und pädagogischen Grundkonzeption der Sommerschule.

Wie schon in den Jahren 1997 und 1998 kamen auch diesmal wieder rund 30 junge Nachwuchswissenschaftler aus den verschiedensten europäischen Ländern, einschließlich Ost- und Mitteleuropa, sowie aus den USA und Kanada zusammen. Die

the Balkans in the Year 2010“ wurden unterschiedliche Szenarien für die politische, wirtschaftliche und strategische Zukunft der Region vorgestellt. Vor über 200 Zuhörern diskutierten die eingeladenen Wissenschaftler in aller Offenheit und mit dem Willen, über die aktuelle Krise hinaus nach langfristig realistischen und zugleich dringend gebotenen Perspektiven zu suchen. Eine besondere Bereicherung erfuhr die Konferenz durch die trotz des Kosovo-Krieges



Dr. Marcus Wenig, Koordinator der Forschungsgruppe „EU-Erweiterung“ am ZEI, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI und Petar Stoyanov, Staatspräsident Bulgariens (von links)

zustande gekommene Teilnahme serbischer und kosovo-albanischer Wissenschaftler. Weitere Redner kamen aus Albanien, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Mazedonien, Rußland, Türkei und den USA.

■
Dr. Marcus Wenig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Koordinator der Forschungsgruppe „EU-Erweiterung“ am ZEI.

verschiedenen Vorlesungen zum aktuellen Stand der Forschung im Bereich der internationalen Makroökonomik wurden von Paul de Grauwe (Katholische Universität Leuven), Dale W. Henderson (Federal Reserve Board, Washington), Roberto Perotti (Columbia University, New York) und Jürgen von Hagen (ZEI, Bonn) gehalten. Die diesjährige Summer School beschäftigte sich hierbei unter anderem mit der aktuellen theoretischen und empirischen Forschung auf dem Gebiet sogenannter Währungskrisen, den internationalen Implikationen der Europäischen Währungsunion, den Effekten fiskalischer Konsolidierungsmaßnahmen, Fragen der Unabhängigkeit und Verantwortlichkeit der Europäischen Zentralbank sowie mit neueren Wechselkurs-theorien.

■
Ingo Fender ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI.

Master of European Studies - Erste Absolventen verabschiedet

Die ersten Teilnehmer und Teilnehmerinnen des einjährigen ZEI-Aufbaustudienganges „Master of European Studies“ wurden erfolgreich verabschiedet. Mitte Oktober beginnt das neue Studienjahr 1999/2000.

von Stefan Fröhlich

Am 31. Mai wurden die Absolventen des ersten Jahrgangs des „Master of European Studies“-Programms am ZEI nach Aushändigung der Master-Urkunden durch den geschäftsführenden Direktor des ZEI, Professor Jürgen von Hagen, und den Koordinator des Programms, PD Dr. Stefan Fröhlich, verabschiedet. In ihren Grußworten während der Feierstunde betonten der Prorektor der Universität Bonn, Professor Dr. Hans-Jürgen Biersack, sowie die Bürgermeisterin der Stadt Bonn, Bärbel Reindl die Bedeutung des Studiengangs für die Entwick-



Die Absolventen des ersten Studienjahrs 1998/1999 bei der Übergabe der Urkunden durch den wissenschaftlichen Koordinator PD Dr. Stefan Fröhlich

Foto: ZEI

lung eines internationalen Profils der Universität wie der Stadt Bonn als Wissenschaftsstandort. Katharina von Schnurbein, Absolventin des Programms, amüsierte die Zuhörer mit einer englischsprachigen Dankrede frei nach Shakespeare über die „armen Professoren“, die in ihren schönen Vorträgen dauernd durch Einwände oder Nachfragen der Studierenden unterbrochen wurden.

13 Kandidaten waren etwa ein Jahr zuvor unter 60 Bewerbern aufgrund ihrer Qualifikation ausgewählt worden, um an dem um-

fassenden Lehrprogramm zu den Bereichen Recht, Ökonomie und Politik der europäischen Integration teilzunehmen. Im Rückblick, so bilanzierten die künftigen ZEI-Alumni, habe man in dem Jahr, trotz einiger kleiner Anlaufschwierigkeiten, eine Menge dazu gelernt. Das Programm habe sie „fit gemacht“ für eine Karriere in europarelevanten Bereichen. Der dialogisch angelegte Unterrichtsstil sei bestens geeignet gewesen, den umfangreichen Stoff mit hochrangigen Dozenten aus dem In- und Ausland intensiv zu erarbeiten. Zuversichtlich traten so die meisten der Absolventen ihr Praktikum in Brüssel, verschiedenen Bundes- und Landesministerien oder Vertretungen in EU-Mitgliedsstaaten an.

START DES 2. JAHRGANGS

Unterdessen liefen am Zentrum die Vorbereitungen für den zweiten Jahrgang: rund 90 Bewerbungen waren eingegangen, ca. 40 von deutschen und 50 von ausländischen Hochschulabsolventen. Von ihnen wurden

25 ausgewählt, so daß man das Programmjahr 1999/2000 Mitte Oktober mit einer im Vergleich zum Vorjahr etwa doppelt so hohen Teilnehmerzahl eröffnen wird. Für einen Teil der aus der Bundesrepublik, verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten, Mittel- und Osteuropa, Lateinamerika, den USA und Asien kommenden Master-Studenten hält ZEI mit Unterstützung des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft sowie des Bundesmi-

nisteriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBF) auch in diesem Jahr Stipendien bereit. Das Programm beginnt offiziell am 11. Oktober mit einer Begrüßungsveranstaltung, der Lehrbetrieb wird am 19. Oktober nach der Einführungswoche aufgenommen.

Dr. Stefan Fröhlich ist wissenschaftlicher Koordinator des Aufbaustudienganges am ZEI.

ZEF-FENSTER

AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR ENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ZEF)

ZEF war eines von 27 Instituten aus aller Welt, die am 4. und 5. Mai 1999 zu einem „Think Tank Meeting“ mit dem Generalsekretär der UN, Kofi Annan, zusammenkamen. Das Treffen, das vom Overseas Development Council (ODC) organisiert wurde, hatte das Ziel, einen ständigen Dialog und Informationsaustausch zwischen dem UN-System und unabhängigen Politikforschungsinstituten anzustoßen.

Die Weltbank entwickelt zur Zeit das „Globale Entwicklungsnetzwerk“ (Global Development Network, GDN) mit dem Ziel, Forschungs- und Entwicklungsinstitute weltweit zu verbinden, damit Wissen gemeinsam entwickelt und genutzt werden kann. Das GDN wird auf einer ersten Konferenz vorgestellt, die vom 6. - 8. Dezember 1999 in Bonn stattfindet. Weitere Informationen sind auf der GDN Homepage zu finden. (<http://www.worldbank.org/knowledge/net/>)

Das ZEF hat kürzlich die „Gesellschaft der Freunde der Entwicklungsforschung ZEF e.V.“ gegründet. Der Verein dient der internationalen Diskussion und dem Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, fördert Netzwerke von Fachleuten, stärkt durch Information und Veranstaltungen das Wissen und Verständnis für Entwicklungsforschung, pflegt die Verbundenheit mit ehemaligen und heutigen ZEF Mitarbeitern und plant durch Förderpreise die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Interessenten, die sich mit den Zielen der Gesellschaft identifizieren und an einer Mitgliedschaft und Förderung interessiert sind, können sich an den Geschäftsführer Hans H. Hack (Tel.: 02244 / 871880) wenden.

Am 1. Oktober startet erstmals das auf drei Jahre angelegte internationale Doktorandenprogramm des ZEF. Insgesamt wurden 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 17 verschiedenen Ländern ausgewählt. Die Bewerbungsfrist für den zweiten Programmjahr, der im August 2000 beginnt, ist der 15. Oktober 1999. Weitere Informationen: docp.zef@uni-bonn.de oder <http://www.zef.de>

Das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) arbeitet mit dem ZEI im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforum Bonn (IWB) zusammen. Als eine internationale ausgerichtete, interdisziplinär arbeitende Forschungseinrichtung will das ZEF einen Beitrag zur Lösung der globalen Entwicklungsprobleme leisten. (Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.zef.de>)

OKTOBER 1999

- 12. ZEI-Europadialog (12.30 h): Dr. Viktor Kosharov, Ministry for International and Foreign Economic Relations of Sverdlovsk Region: „The Development of the Russian Federal System: Machtkampf between Center and Regions“.
- 18. ZEI-Europaforum (17.00 h): Prof. Dr. Alexandru Herlea, rumänischer Europaminister: „Rumänien vor dem Helsinki-Gipfel“.
- 19. ZEI-Europadialog (12.30 h): Dr. Freimut Duve, OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit. Thema wird noch bekannt gegeben.
- 26. ZEI-Europaforum (17.00 h): Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburg: „Die Rolle Luxemburgs in Europa und die Weiterentwicklung der Europäischen Union“.

NOVEMBER 1999

- 5. Workshop „Systemwettbewerb zwischen Gebietskörperschaften in der europäischen Union“.
- 11./12. Internationaler Kongress „Weltachsen 2000“ im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages in Bonn (in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) und der Stadt Bonn)
- 30. ZEI-Europadialog (12.30 h): Dr. Rüdiger Stephan, Generalsekretär der European Cultural Foundation: „Kultur und Demokratie in Europa“.

DEZEMBER 1999

- 7. ZEI-Europadialog (12.30 h): Dr. Helmut Steinel, EU-Kommission: „Bedingungen und Möglichkeiten einer effizienteren GASP“.

JANUAR 1999

- 28. Internationale Konferenz: „Innovationsansätze bei der Regulierung transeuropäischer Kommunikationsnetze“.

Sofern nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen im ZEI in Bonn statt. Weitere Informationen zu diesen und anderen Veranstaltungen finden Sie im Internet unter <http://www.zei.de>

Professor Jürgen von Hagen, Direktor der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI wurde von der französischen Regierung auf die Dauer von vier Jahren zum Mitglied der „Commission Economique de la Nation“ ernannt.

Das ZEI hat kürzlich seinen ersten Jahresbericht (1996 – 1998) vorgelegt. Auf 50 Seiten beschreibt der Bericht ausführlich die Arbeiten der sieben Forschungsgruppen am ZEI, die Aus- und Weiterbildungsprogramme und gibt einen Überblick über alle bisherigen Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Der Bericht, der in deutscher und englischer Sprache vorliegt, kann über das Internet (www.zei.de) heruntergeladen werden oder über E-Mail (zei@uni-bonn.de) angefordert werden.

Das ZEI wird die 7. Transatlantische Sommerakademie (TASA) vom 25. Juni – 22. Juli 2000 organisieren. TASA ist ein jährlich stattfindendes, internationales Programm, das von Prof. Dr. Lothar Hönnighausen, Direktor des Nord-

amerika-Programms an der Universität Bonn, ins Leben gerufen wurde. TASA bietet Studierenden aus Nordamerika und Europa eine interdisziplinäre Plattform, um aktuelle Probleme der euro-atlantischen Beziehungen zu diskutieren. TASA 2000 wird sich mit dem Thema „Europe Facing the 21st Century: Defining the Central Issues“ befassen. Im Mittelpunkt stehen dabei die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung. An dem Programm werden rund 40 Studierende, die bereits einen Abschluß vorweisen können und aus nordamerikanischen und europäischen Partneruniversitäten kommen, teilnehmen.

Das ZEI hat in Zusammenarbeit mit dem Verlag Kluwer Academic Publishers eine neue Publikationsreihe unter dem Titel „ZEI Studies in European Economics and Law“ aufgelegt. Die beiden ersten Bände dieser Reihe befinden sich zur Zeit in Druck und werden in Kürze erscheinen. (von Hagen, J. und Waller, C.J. (Hrsg.): Regional

Aspects of Monetary Policy in Europe; Strauch, R.R. und von Hagen, J. (Hrsg.): Institutions, Politics, and Fiscal Policy).

Am ZEI wird im Rahmen des Europaeums der Prototyp eines Europaeum Research and Communication Networks (ERCN) erarbeitet. Das ERCN will Forum und Datenbank für disziplinäre und interdisziplinäre Doktorarbeiten mit Europa bezug sein. Damit sollen die gemeinsamen Aktivitäten der Europaeums-Universitäten Bonn, Bologna, Genf, Leiden, Paris-Sorbonne und Oxford um ein zukunftsweisendes Instrument erweitert werden. Die Grundstruktur des ERCN ist auf dem letzten Annual Meeting des Europaeums in Oxford von Prorektor Prof. Willi Hirdt, Prof. Christian Koenig, Direktor am ZEI und Dr. Hartmut Ihne, Geschäftsführer des IWB, vorgestellt worden. Die Teilnahme am virtuellen Doktorandenprogramm soll mit einem besonderen Hinweis in der Doktorurkunde verbunden werden.

STANDPUNKTE

Johnny Akerholm

Johnny Akerholm ist Unterstaatssekretär im finnischen Finanzministerium. Er war Teilnehmer am ZEI-Workshop „Implementing the European Employment Pact“, der am 8. Juli 1999 in Bonn stattfand.

ZEI: Herr Akerholm, der Europäische Rat hat auf dem Kölner Gipfel am 3.-4. Juni 1999 den Europäischen Beschäftigungspakt („Kölner Prozeß“) verabschiedet, der auf europäischer Ebene einen makroökonomischen Dialog zwischen allen mit makroökonomischer Politik befaßten Akteuren einleitet. Welche Rolle spielt der „Kölner Prozeß“ in der Koordination von makroökonomischer Politik und welche Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung können von ihm erwartet werden?



Akerholm: Der wichtigste Aspekt des makroökonomischen Dialogs ist die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Entscheidungsträgern in unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Dieser Dialog kann dazu beitragen, die Hintergründe von verschiedenen Entscheidungen und auch das Funktionieren der europäischen

Wirtschaft unter den neuen Umständen besser verständlich zu machen. Dies wiederum wird bei der Identifizierung der notwendigen politischen Maßnahmen hilfreich sein. Wenn das gelingt, wird dies ohne Zweifel einen positiven Effekt auf Wachstum und Beschäftigung in Europa bewirken, allerdings in einer Weise, die weder *ex ante* noch *ex post* quantifizierbar sein wird.

Es ist jedoch klar, daß der Dialog keine *ex ante* Politikkoordination beinhaltet. Erstens werden nicht alle relevanten Entscheidungsträger anwesend sein (das würde das Treffen in nicht mehr zu handhabende Dimensionen ausweiten). Zweitens ist es einer unabhängigen Zentralbank, für die es zwar notwendig ist, an Diskussionen teilzunehmen, nicht möglich, sich an einem Verhandlungsprozeß zu beteiligen.

ZEI: Welche Kriterien sollte man bei der Auswahl der Mitglieder des makroökonomischen Dialogs heranziehen?

Akerholm: In Anbetracht der Tatsache, daß nicht alle betreffenden Entscheidungsträger anwesend sein können, sowie im Hinblick auf die Rolle des Dialogs, gibt es zwei grundlegende Voraussetzungen: Einerseits sollten diejenigen, die anwesend sind, die Fähigkeit haben, sich in einer konstruktive und analytischen Debatte einzubringen (auch im politischen Dialog), und andererseits sollten sie in der Lage sein, die Ergebnisse an ihre Kollegen und Organisationen weitervermitteln zu können.

ZEI: Welche Verfahren sind notwendig, um den politischen Koordinationsprozeß auf europäischer Ebene effektiv mit den entsprechenden Entscheidungen auf nationaler Ebene zu verbinden?

Akerholm: In Anbetracht der Tatsache, daß keine Ergebnisse verabschiedet und bekannt gegeben werden und daß die Diskussionen nicht veröffentlicht werden, sehe ich keine Institutionalisierung in dieser Hinsicht. Es geht eher um Informationsaustausch und gegenseitiges Lernen. Diese Informationen werden, so hoffe ich, in Kombination mit anderen relevanten Informationen von den betreffenden Entscheidungsträgern genutzt werden.

ZEI: Der „Luxemburger Prozeß“, der „Prozeß von Cardiff“ und der „Kölner Prozeß“ sind die drei Säulen der europäischen Beschäftigungsstrategie des Europäischen Rats. Die Aufgabe der finnischen und portugiesischen Präsidentschaft wird es sein, die drei Säulen zu einer kohärenten und umfassenden Stra-

DER INTERNATIONALE BEIRAT DES ZEI

Der Rektor der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Professor Dr. Klaus Borchard, hat die folgenden Persönlichkeiten in den Internationalen Beirat des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) berufen. Die Berufenen haben die Einladung zur Beratung des ZEI angenommen. Die konstituierende Sitzung des Internationalen Beirats findet im November 1999 statt.

- Adamowitsch, Georg Wilhelm, Staatssekretär, Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Bartoszewski, Prof. Dr. Wladyslaw, Minister a.D. der Republik Polen, Friedenspreisträger des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Warschau
- Berg, Dr. Lars, Mitglied des Vorstands, Mannesmann AG, Düsseldorf
- Bogdanow, Prof. Dr. Bogdan, Vorsitzender des Kuratoriums der New Bulgarian University, Sofia
- Borchard, Prof. Dr. Klaus, Rektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Delors, Jacques, Präsident der Europäischen Kommission a.D., Präsident der Studien- und Forschungsgruppe „Notre Europe“, Paris
- Genscher, Hans-Dietrich, Minister des Auswärtigen a.D. der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Inotai, Prof. Dr. András, Generaldirektor des Instituts für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest
- Issing, Prof. Dr. Otmar, Mitglied des Direktoriums, Europäische Zentralbank, Frankfurt
- Malinvaud, Prof. Dr. Edmond, Académie Française, Präsident a.D. des Statistischen und Planungsamtes von Frankreich, Ehrendoktor der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaft der Universität Bonn, Paris
- Masterson, Prof. Dr. Patrick, Präsident des Europäischen Hochschulinstituts, Florenz
- von Ploetz, Dr. Hans Friedrich, Staatssekretär, Auswärtiges Amt, Berlin
- Portes, Prof. Dr. Richard, Präsident, Center for European Economic Policy Research, London
- Wildhaber, Prof. Dr. Luzius, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg

tegie zu verbinden. Wie kann dies erreicht werden?

Akerholm: Die Europäische Union verfügt über viele Verfahren. Wir haben nicht nur die oben erwähnten, sondern auch die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft, Stabilitätsprogramme, und eine Menge relevanter strukturbezogener Arbeiten in anderen Gremien als dem Ecofin. Diese ganze Arbeit sollte zusammengetragen werden, damit es möglich ist, die von der Europäischen Union gewählte Strategie zur Lösung der bestehenden wirtschaftlichen Probleme klar zu identifizieren, einschließlich der notwendigen Instrumente und auch der Verantwort-

lichkeiten. Die entsprechenden Handlungskompetenzen auf europäischer und nationaler Ebene sollten immer geklärt sein, wenn neue Initiativen präsentiert werden.

Der Beschäftigungspakt ist ein erster Versuch, diese Verfahren näher zusammenzubringen, aber es ist auch klar, daß noch mehr getan werden muß. Wir müssen von der Einführung von Verfahren zur Implementierung von Maßnahmen übergehen. Dies ist eine der Prioritäten während der finnischen Präsidentschaft, die auch unterstützt wird durch die Anfrage des Europäischen Rats, in Helsinki einen Bericht über die Erfahrungen der wirtschaftspolitischen Koordination vorzulegen.

Ist die Europäische Union verfassungsfähig?

von Christian Koenig

Beiläufig bezeichnete der EuGH in seinem ersten EWR-Gutachten von 1991 den EWG-Vertrag als grundlegende Verfassungsurkunde einer Rechtsgemeinschaft. Erst die (erfolglosen) „Verfassungsentwürfe“ des Europäischen Parlaments haben mit Blick auf die demokratische Legitimationsfrage eine literarisch nachhaltige Verfassungsdiskussion entfacht. Gleich einer Pandorabüchse entweichen der europäischen Verfassungsdiskussion Fragestellungen, welche - bezogen auf den völkervertragsrechtlich gegründeten Unionsverbund - umstrittene Kategorien der (Bundes-)Staatlichkeit, der Souveränität, der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes, der verfaßten Demokratie oder der Wahrung nationaler Identitäten berühren. In diesem Zusammenhang muß die um die Legitimationsfrage kreisende Verfassungsdiskussion in bezug auf die Union selbst von der, zumindest in rechtsstaatlichen Grundgewährleistungen nach Art. 6 Abs. 1 und 2 EU Vertrag von Amsterdam vorausgesetzten gemeineuropäischen Verfassungshomogenität der Mitgliedstaaten unterschieden werden.

In Art. 1 Abs. 2 EU Vertrag von Amsterdam ist der Unionsverbund treffend als eine „neue Stufe der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ bezeichnet und geht damit von der Entwicklungsoffenheit, ja Entwicklungsbedürftigkeit der Union aus. Hierauf aber schon einen tragfähigen Verfassungsbegriff stützen zu wollen, erscheint gewagt. Ein allzu großzügiger Gebrauch des Verfassungsbegriffs verstellt die Einsicht in die völkervertragsrechtlich gegründete europäische Unionsarchitektur. Daraus entstehen Mißverständnisse, rechtlich unbegründete, meistens

überhöhte Erwartungen und schließlich Enttäuschungen über die Leistungsfähigkeit der Europäischen Union. Mißverständnisse und Enttäuschungen schaden jedoch der europäischen Einigungsidee. Sie sind dem großartigen Ziel einer umfassenden Europäischen Politischen Union im Sinne einer dauerhaften wirtschaftlichen, sozialen, rechts- und innenpolitischen sowie außen- und sicherheitspolitischen Friedensordnung abträglich. Hielte der Verfassungsbegriff zur Beschreibung der Unionsrechtsordnung in Wirklichkeit nicht, was er den Unionsbürgern verspricht, so wäre die soziale Geltungskraft dieser Rechtsordnung in Frage gestellt. Eine wirklichkeitsfremde, mit enttäuschten Erwartungen überlastete „Unionsverfassung“ könnte weder Gemeinschaftsgrundrechte und Marktfreiheiten der Unionsbürger dauerhaft sichern, noch das wirtschaftliche und politische Leben ordnen, wohl aber die Unionswirklichkeit als „verfassungswidrig“ disqualifizieren und delegitimieren.

Die Destabilisierungsgefahr durch eine nur verbal postulierte, nicht aber die Gemeinschaftsgewalt transparent legitimierende „Unionsverfassung“ wäre auch durch eine kurze, übersichtlich gegliederte und verständlich geschriebene Verfassungsurkunde nicht gebannt; die Gefahr, daß damit nur Aporien verdeckt würden, wäre groß. Die auch durch die Amsterdamer Vertragsrevision kaum behobene Undurchsichtigkeit der Gemeinschaftsverfahren für die Unionsbürger hat nicht etwa nur redaktionelle Ursachen, sondern ist ein Kompromißsymptom mangelnden Willens bzw. der Uneinigkeit der Mitgliedstaaten, die Gemeinschaftsgewalt transparent über eine unierte parlamentarische Vertretung nach dem Vorbild westlicher Verfassungstraditionen demokratisch zu legitimieren.

Der Begriff einer Unionsverfassung hält gegenwärtig nicht, was er verspricht. Eine juristisch sinnvolle Verwendung des *normativen* Verfassungsbegriffs trägt die sowohl supranational als auch intergouvernemental aufgebaute Europäische Union nicht. Die europäische Integration gründet auf der Legitimationskraft bereits verfaßter Herrschaft der mitgliedstaatlichen Völker (Demokratie). Nur diese - nicht aber die Europäische Union - verfügen über die souveräne Gewalt, sich neue Kompetenzen zu verschaffen (Kompetenz-Kompetenz). Da die demokratische Legitimationsgrundlage des europäischen Zusammenschlusses über die Zustimmung der nationalen Parlamente zur völkervertragsrechtlichen Unionierung durch alle Mitgliedstaaten vermittelt wird, dürften an einen europäischen Verfassungsbegriff ohnehin keine weiterreichenden institutionellen sowie kompetenzrechtlichen Folgen geknüpft werden als von den mitgliedstaatlichen Zustimmungsgesetzen vorgesehen. *Die Europäische Union ist gegenwärtig nicht „verfassungsfähig“.* Auch in der näheren Zukunft ist ein *Verfassungsbedarf nicht zu erkennen.* Bis in der Europäischen Union die Voraussetzungen eines demokratisch verfaßten und tatsächlich gelebten europäischen „Bürgerverbundes“ erfüllt sind, fehlt es an einer tragfähigen Alternative, die Gemeinschaftsgewalt anders als dual, d.h. durch die nationalen Parlamente und „stützend“ durch das Europäische Parlament, zu legitimieren. Solange vermag eine wirklichkeitsfremde, mit enttäuschten Erwartungen überlastete Verwendung des Verfassungsbegriffs die Geltungskraft der komplexen Unionsrechtsordnung nicht zu stärken, schlechtestenfalls aber in der Wahrnehmung demokratischer Defizite seitens der Unionsbürger als „verfassungswidrig“ zu delegitimieren. Nach allem wird - auch mit Blick auf künftige Vertragsrevisionen - die schlichte Bezeichnung „Grundstatut der Europäischen Union“ dem Einigungswerk und seinen Legitimationsgrundlagen gerechter.

Prof. Dr. Christian Koenig ist Direktor am ZEI.

Europäische Öffentlichkeit - Europa in der Öffentlichkeit

Jüngste Umfragen anlässlich der Wahl zum Europaparlament bestätigen eine lang gehegte Vermutung: Das Wissen der Deutschen um Europa ist denkbar gering. So wußten auf die Frage nach den Kompetenzen des Europaparlamentes kaum mehr als 10% der Bundesbürger eine richtige Antwort zu geben und nur unbedeutend mehr Befragte konnten einen EU-Abgeordneten benennen. Da mag es nur wenig beruhigen, daß die Umfragedaten in den anderen Ländern der europäischen Union kaum besser sind.

In einer ersten Pilotstudie unter dem Titel „Europäische Öffentlichkeit - Europa in der Öffentlichkeit“ versucht das ZEI den Ursachen dieses Defizites auf den Grund zu gehen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei zunächst einmal die Printmedien. So wird u.a. die publizistische Aufbereitung europäischer Themen in den Hauptmeldungen führender deutscher Tageszeitungen über einen Zeitraum von fünf Jahren untersucht. Die Ergebnisse dieser Studie werden in Kürze als ZEI-Discussion-Paper erscheinen.

IMPRESSUM

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Walter-Flex-Str. 3
D - 53113 Bonn

Verantwortlich: Monika Reule
Tel: 0228/73-1811/-1846
Fax: 0228/73-5097
E-Mail: m.reule@uni-bonn.de
Internet: <http://www.zei.de>

Der *ZEIreport* erscheint dreimal jährlich in englischer und deutscher Sprache. Er kann kostenlos unter der oben genannten Adresse angefordert werden. ISSN: 1437-1545